

AKTUELL

FRANZ ALT ZU ALTERNATIVEN ENERGIEQUELLEN

Bürger zur Sonne zur Freiheit

Richard Graf

Im Rahmen der „Bock op Gréng“-Kampagne haben die Grünen den deutschen Journalisten Franz Alt eingeladen, der sein jüngstes Buch vorstellen wird.

„Ich fange da an, wo Al Gore aufhört“. In seinem jüngsten Buch „Sonnige Aussichten“ thematisiert Franz Alt, ähnlich wie der ehemalige US-Vizepräsident, „unbequeme Wahrheiten“, doch das Hauptgewicht liegt weniger auf der Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels, als auf einer ausführlichen Beschreibung der existierenden Alternativen in Sachen Energieproduktion. Alt wäre nicht er selbst, wenn er sich auf rein energetische Fragen beschränken würde. Vielmehr strebt er eine „ganzheitliche Lösung der Energiefrage auf Basis einer neuen Ökonomie und einer neuen Ethik“ an.

Franz Alt ist derzeit auf Ochsentour. Fast jeden Tag hält er Vorträge zu seinem im Februar erschienenen Buch. Er will möglichst viele Men-

schen davon zu überzeugen, dass es keine Gründe mehr gibt, an fossilen Brennstoffen festzuhalten. „Die Sonne schickt uns keine Rechnung“ oder „die Lösung des Energieproblems steht am Himmel“ sind nur einige der Slogans, mit denen Alt versucht, die „Energiefrage für alle Zeit zu lösen“ und die Ketten der „alten atomaren-fossilen Energiewirtschaft“ zu sprengen.

Sein pädagogisch-pragmatischer Ansatz hat auch den frisch gebackenen Sekretär der Partei „Déi Gréng“ in seinen Bann gezogen. Dem ehemaligen RTL-Journalisten Tom Graas gefällt, wie Alt detailliert dokumentiert, was alles im Bereich der erneuerbaren Energien möglich ist: „Alt zeigt wie groß der Sonnenenergiemarkt heute bereits ist. Es ist kein Zufall, wenn Konzerne wie Bosch massiv in Sonnenenergie investieren.“ Tom Graas will mit Alts Einladung für eine Branche werben, die auch für Luxemburg eines Tages interessant sein könnte. „Wir müssen dummen Kommentaren, eines Robert Goebbels etwa, wonach

der Klimawandel Blödsinn sei, entgegen wirken,“ meint Tom Graas, der Alts Buch besonders hilfreich findet, weil es mit dem Missverständnis aufräumt, die Energiewende müsse mit erheblichen Verzicht einhergehen.

Alts ethisch-religiöse Vorstellungen sind dem grünen Parteisekretär weniger wichtig. Doch Alt wird wohl auch diesmal den ganzheitlichen Ansatz, der seinen publizistischen Einsatz prägt, nicht außen vor lassen.

Dass Alt ein durchaus zwiespältiges Verhältnis zur grünen Bewegung hat, dürfte wenigen seiner ZuhörerInnen bekannt sein. Lange Zeit unterstützte Alt, der bis in die Neunzigerjahre Mitglied der CDU war, die „Ökologisch-Demokratische Partei“. Die ÖDP war entstanden, als die deutschen Grünen sich von einigen konservativen Gründungsmitgliedern lösten. „Auch die Politik der Grünen orientiert sich mehr am ‚Haben‘ als am ‚Sein‘, solange gilt: Ausstieg aus der Industriegesellschaft bei vollem Lohnausgleich. Sein oder Haben? Auch in dieser Frage ist die kleine Ökologisch-Demokratische Partei am ehrlichsten und glaubwürdigsten“, so Franz Alt 1986.

Die ÖDP wurde lange Jahre von Herbert Gruhl angeführt. Zu dessen 70. Geburtstag 1991 gratulierte auch Franz Alt. Gruhl, dessen bevölkerungspolitische Ansichten faschistoide Züge trugen, hatte zu dieser Zeit schon mit der ÖDP gebrochen, weil er deren Be-

schluss, sich klar von extremrechten Parteien abzutrennen, nicht mittragen wollte.

In seinem Buch „Der Anti-Alt“ warf der deutsche Publizist Micha Brumlik Alt antisemitische Tendenzen vor. Alts Buch „Jesus - der erste neue Mann“ bezeichnete er als ersten antisemitischen Bestseller seit 1945. In Formulierungen wie Alts Hinweis auf den Wandel des ursprünglich „männlich-jüdisch arroganten“ Jesus, sieht Brumlik christlich motivierte antisemitische Motive bei Alt.

Mangelnde Abgrenzung nach Rechts wird Alt auch vorgeworfen, weil er 2003 dem DVU-Gründer Gerhard Frey ein Interview für die „Deutsche Nationalzeitung“ gab. Auf Alts eigener Homepage wird ein im rechts-extremen Verlag „Junge Freiheit“ unter dem Titel „Die Tragödie des Westens“ erschienenes Buch beworben, in dem Alt einen Beitrag zum 11. September abgeliefert hat. Gerade Alts kritische Position zu US-amerikanischen Hegemonial-Bestrebungen wird von deutschen Rechtsextremisten mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen - und vom „Freiheitlichen Deutschen-Buchdienst“ neben Titeln zu Adolf-Hitler-Schulen und Fahrtenliedern nur allzu gerne ins Programm genommen.

„Sonnige Aussichten - Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird“, öffentliche Konferenz mit Franz Alt, am Dienstag, den 10. Juni um 19 Uhr im „Forum Geesseknäppchen“.

WOHNUNGSBAU

Breit gestreut

Renée Wagener

Das Wohnungsbauabkommen, das demnächst vom Parlament angenommen wird, soll Gemeinden mit hohem Bevölkerungswachstum finanziell fördern. Wie das geschieht, ist dem Staat egal.

Nun ist er also bereit zur Abstimmung, der Gesetzesentwurf, der mit dem von der Regierung lang angekündigten „Pacte logement“ Ernst macht. Nicht viel mehr als ein Jahr brauchte er allerdings, um den parlamentarischen Instanzenweg hinter sich zu bringen. Zum Zeichen, dass es eilte, hatte die Wohnungsbaukommission sogar - une fois n'est pas coutume -, ihre ersten Änderungsvorschläge vorgelegt, bevor der Staatsrat im November vorigen Jahres sein Gutachten abgab. Seither, so wird aus den parlamentarischen Dokumenten ersichtlich, gab es ein Tauziehen zwi-

schen Kommission und Staatsrat, um die Aufhebung jedes der zahlreichen formellen Einsprüche des Conseil d'Etat wurde gerungen.

Der hohen Körperschaft ging es dabei jedoch eher um die legale Basis von Vorkaufsrecht oder Erbpachtvertrag oder um die Vereinbarkeit von Gemeindetaxen auf unbewohntem Wohnraum mit dem Grundrecht auf Besitz.

Die Essenz des Wohnungsbauabkommens, nämlich die finanzielle Unterstützung von wohnungspolitisch expansionswilligen Gemeinden durch den Staat, wurde vom Staatsrat kaum kommentiert. Allenfalls tat das Gremium den auf Vorschlag der LSAP eingefügten Zusatz als Prosa ab, das geförderte Bevölkerungswachstum der Gemeinden solle auch dazu beitragen, „d'assurer une certaine mixité sociale de leur population et de viser

une utilisation rationnelle du foncier par une densité de bâti appropriée“.

Auch die Kommission selbst hat am Gehalt dieser Maßnahme nichts Substantielles mehr geändert. Dabei hatten sowohl Mouvement écologique als auch Grüne harsche Kritik am Gießkannenprinzip der Gemeinde-subventionierung geäußert: Es fehlten präzise soziale, ökologische und urbanistische Kriterien, lautete die Kritik.

Quantität statt Qualität

In dem vom Méco bei dem Finanzexperten Dieter Ewringmann bestellten Gutachten hieß es etwa, besonders schwerwiegend sei, „dass das Gesetz die Chance nicht nutzt, die von ihm in Zuschussform geschaffene 'neue Anreizstruktur' für Gemeinden mit einer Präzisierung der Nachhaltigkeitsstrategie zu verbinden“, etwa, indem Subventionen an einen gedroselten Flächenverbrauch gekoppelt würden.

Aufgegriffen hat die Parlamentskommission lediglich die Forderung nach einer Differenzierung zwischen herkömmlichen und IVL-Gemeinden. Die vorgesehene Subventionierung

von 4.500 Euro pro neu niedergelassener Person, wenn ein Wachstum von einem Prozent überschritten ist, wird nun für im IVL-Konzept definierte „prioritäre“ Gemeinden um 50 Prozent erhöht, für solche aus den „centres de développement et d'attraction“ gar um 70 Prozent. Zusätzlich soll der Artikel nun auch rückwirkend für Kommunen gelten, deren Wachstum in den letzten fünf Jahren 7,5 Prozent überschritten hat. Damit wurde nun weder die breit streuende Basissubventionierung in Frage gestellt - die Zahl der in Frage kommenden Gemeinden dürfte beträchtlich sein -, noch wurden präzise, an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete Kriterien formuliert.

Dass den Gemeinden mit Geld allein nicht geholfen ist, wird auch von der Kommission außer Acht gelassen. Den allermeisten fehlt es beim Wohnungsbau einfach an der Logistik und am Know-how. Den Vorschlag unter anderem des Syvicol, einen „guichet unique en matière d'urbanisme“ für Gemeinden einzurichten, der diesen die Arbeit zumindest vereinfachen würde, hat die Kommission nicht aufgegriffen.